Population and Policy

Brief

No 34

März 2022

Autor*innen

Andreas Edel

Susanne Höb

Nadine Vera Mair

Tobias Riepl

Erich Striessnig

Mahalia Thomas

Daniela Vono de Vilhena

Green Family

Generationengerechtigkeit im Klimawandel

Umweltverhalten und Umweltbewusstsein unterscheiden sich je nach Alters-, Einkommens- oder Bildungsstruktur von Familien. Daher sollten umweltpolitische Entscheidungen dem Umstand der zunehmenden Heterogenität der Familien Rechnung tragen.

Familien sollten von der Umweltpolitik stärker als „Change Agents" wahrgenommen werden. Sie sind auch ein wichtiger Ort intergenerationeller Austauschprozesse.

Damit sie finanzielle und zeitliche Herausforderungen, die sich aus Maßnahmen zum Klimaschutz ergeben, besser meistern können, sollten gezielte Förderinstrumente für Familien entwickelt werden.

POPULATION EUROPE

THE NETWORK OF EUROPE'S LEADING DEMOGRAPHIC RESEARCH CENTRES

Einleitung

Familien spielen in umweltpolitischen Diskussionen zur Klimakrise bislang keine herausgehobene Rolle. Dabei sind sie der Ort, an dem intergenerationelle Beziehungen hauptsächlich gestaltet werden – auch und insbesondere in Sachen Umweltschutz. In den Familien werden Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der nächsten Generation durch Erziehung und die „Vorbildfunktion" der (Groß-) Eltern nachhaltig geprägt. Familien entscheiden als Endverbraucher wesentlich über die Nachfrage nach umweltfreundlichen (oder auch -schädlichen) Produkten und Dienstleistungen. Sich an den Klimawandel und dessen Folgen anzupassen sowie entsprechende umweltpolitische Maßnahmen finanziell mitzutragen, stellt für viele Familien jedoch eine zusätzliche Belastung dar. Dies gilt besonders dann, wenn sie auch Aufgaben in der Kindererziehung und Arbeit in der häuslichen Pflege übernehmen.

Der Hintergrund

Die Rolle der Familien bei der Anpassung an den Klimawandel beleuchtet die Studie „Green Family – Generationenfairness im Klimawandel", die von Wissenschaftler*innen des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital (IIASA, ÖAW, Universität Wien), einem der führenden Forschungszentren zum Zusammenhang von Umwelt- und Bevölkerungsentwicklung in Europa, unter Mitarbeit von Population Europe erstellt wurde. Die Studie wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Deutschland gefördert.

Die Ergebnisse wurden anschließend mit hochrangigen Expert*innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft bei einem Workshop diskutiert. Neben den genannten Autor*innen der Studie nahmen Vertreter*innen verschiedener Organisationen daran teil.[1]

Klimaschutz – eine Frage des Alters?

Die gesellschaftliche Wahrnehmung generationeller Unterschiede in Bezug auf nachhaltiges Verhalten hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt, nicht zuletzt im Zuge der Klimaproteste, die vor allem von Mitgliedern der jüngeren Generation vorgetragen wurden. In der Tat zeigen Studien, dass mit steigendem Alter zunächst auch der ökologische Fußabdruck eines Menschen zunimmt. Ein Großteil dieses Effekts ergibt sich durch das mit dem Alter steigende Einkommen. Dies erlaubt ein Konsumverhalten, das tendenziell mit klimaschädlichen Folgen einhergeht, wie etwa das Fahren eines größeren PKW statt der Nutzung des ÖPNV oder des Fahrrades, Flugreisen zu touristischen Zwecken oder einen größeren Wohnraumbedarf (vgl. Kleinhückelkotten et al. 2016, Pothen & Tovar Reaños 2018). Dieser Effekt führt in der Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen zum Höchstwert an CO2-Emissionen. Mit dem Eintritt ins Rentenalter sinken die Emissionen dann deutlich, unter anderem weil ältere Menschen nicht mehr zur Arbeit pendeln müssen und sich ihr Konsumverhalten ändert.

Zugleich gilt es, Unterschiede zwischen einzelnen Geburtskohorten zu berücksichtigen. Es ist keineswegs gewiss, dass die Rentner*innen der Zukunft sich so verhalten werden wie jene der Gegenwart oder Vergangenheit. Angehörige der geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge weisen beim Rentenantritt im Durchschnitt eine deutlich bessere Gesundheit als ihre Eltern auf. Daher haben sie beispielsweise mehr Möglichkeiten, mobil zu sein, als vorhergehende Generationen. Andererseits sind Angehörige dieser Generation in einer stark von Umweltbewegungen geprägten Jugendzeit sozialisiert worden, was eine höhere Sensibilität für das Klimathema zur Folge hat.

Betrachtet man die heute jüngeren Generationen, so trifft man auch hier nicht auf eine homogene Gruppe. Junge Menschen, die im ländlichen Raum wohnen und zur Schule oder zum Ausbildungsplatz pendeln, haben andere Mobilitätsbedürfnisse als ihre Altersgenoss*innen im städtischen oder stadtnahen Raum. Aber auch hier kommt es zu Veränderungen. Aktuelle Studien legen nahe, dass jüngere Menschen im Vergleich zu älteren Generationen zwar stärker für den Umweltschutz und Nachhaltigkeit eintreten. Aber es ist unklar, ob sie diese Haltung im gleichen Ausmaß beibehalten, wenn sie im weiteren Lebensverlauf Zugang zu Ressourcen erhalten, die es ihnen beispielweise ermöglichen, ein Auto zu kaufen oder zu touristischen Zielen im Ausland zu fliegen. Wolfgang Lutz (Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital) verweist in der Diskussion jedoch darauf, dass vieles dafür spricht, dass ein Wertebewusstsein, das in jüngeren Jahren geprägt wird, in der Regel auch im höheren Alter das Verhalten beeinflusst.

Welche Rolle spielt Elternschaft?

Neben dem Übergang ins Erwerbsleben und einem Anstieg des Einkommens ist die Gründung einer Familie mit Kindern ein weiteres Ereignis im Lebensverlauf, das sich auf das

Umweltverhalten (insbesondere den Ressourcenverbrauch) stark auswirkt (Milfont, Poortinga & Sibley 2020). Trisha Shrum (DearTomorrow) weist darauf hin, dass gerade der Zusammenhang zwischen Umweltrisiken und deren Auswirkungen auf die Gesundheit von Kindern (beispielsweise Asthmaerkrankungen, die durch Feinstaubemissionen befördert werden) Eltern dazu bringen kann, eine aktivere Haltung in Bezug auf die Bewältigung des Klimawandels einzunehmen. Nach Meinung von Anna Rotkirch (Väestöliitto) sollte man einen nachhaltigen Lebensstil zur Messlatte einer erfolgreichen Lebensgestaltung machen und so ein entsprechendes Erziehungsverhalten stimulieren.

Doch bleibt der Vorbehalt, dass nicht alle Familien Zugang zu Ressourcen haben, die einen nachhaltigen Lebensstil ermöglichen. Beispielsweise können Familien mit geringem Einkommen sich nicht immer nachhaltig produzierte Lebensmittel leisten, Familien in ländlichen Gebieten können auf ein Auto nicht verzichten usw. Wenn Familien also als „Change Agents" im Bereich Umweltpolitik aktiv werden sollen, müssen sie dazu auch von der Politik befähigt werden.

Vertreter*innen von familienpolitischen Organisationen warnen diesbezüglich vor einer Überforderung der Familien. „Eltern stehen schon sehr unter Druck, einfach nur Eltern zu sein", meint etwa Sven Iversen (Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen). Dabei ist auch die immer noch ungleiche Verteilung der Aufgaben der Haus- und Familienarbeit zulasten der Mütter und berufstätigen Frauen zu berücksichtigen, die sich durch eine weitere Übertragung von gesellschaftlichen Aufgaben an die Familien verstärken könnte.

Die Last der Familien

Familien sind auch hinsichtlich ihrer sozioökonomischen Situation besonders anfällig für Belastungen, die sich aus der Klimaschutzpolitik ergeben. Wenn etwa aufgrund von steigenden Energiekosten, Umweltschutzauflagen oder höheren Preisen von Lebensmitteln, Waren und Dienstleistungen zusätzliche Kosten in der Produktion anfallen, dann werden diese voraussichtlich zu einem großen Teil auf den Verbraucher abgewälzt. Davon sind gerade Familien überproportional stark betroffen, die zudem häufig auch weniger flexibel auf solche Veränderungen reagieren können. Beispielsweise sind Familien mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen stärker wohnortgebunden. Familien mit einem geringeren Haushaltseinkommen können nicht immer in Gebiete mit einem gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehrssystem oder in energieeffizient gebaute Wohnungen umziehen und sind dadurch stärker von umweltpolitisch bedingten Kostensteigerungen bei Miete und Wohnung betroffen. Selbständig lebende ältere Menschen können von einer Verteuerung von Lebenshaltungs- und Mobilitätskosten besonders betroffen sein, wenn sie nicht in räumlicher Nähe zu Familienangehörigen leben oder keine wohnortnahe Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen können.

Aus den mit umweltpolitischen Anforderungen einhergehenden finanziellen Belastungen kann sich auch eine intragenerationelle „Gerechtigkeitslücke" ergeben: Gerade Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status, die eigentlich einen vergleichsweise geringen ökologischen Fußabdruck aufweisen, da sie beispielsweise in kleineren Wohnungen leben oder weniger Fernreisen unternehmen, können solche Preisentwicklungen nicht mittragen, während Familien mit höherem Haushaltseinkommen davon deutlich weniger betroffen sind und ein entsprechendes Konsumverhalten an den Tag legen können.

Mobility matters …

Ein großer Teil der Diskussion der Expert*innen konzentrierte sich auf den Bereich der Mobilität, wo es immer noch viele praktische Hürden gibt, die Familien ein nachhaltiges Umweltverhalten erschweren. Dies gilt vor allem für den ländlichen Raum: Busse fahren zu selten, Haltestellen sind nicht sicher gestaltet und die Preisstruktur zu kompliziert, so dass sich Familien und ältere Menschen häufig veranlasst sehen, auf ein Auto zurückzugreifen.

Eltern – insbesondere Mütter – streben deshalb im Durchschnitt der Bevölkerung eher einen wohnortnahen Arbeitsplatz an, was ihre berufliche Entwicklung beeinträchtigen kann. Gleichzeitig sind Familien im privaten Bereich mehr als andere Bevölkerungsgruppen von Mobilität abhängig, etwa um Kinder zur Schule oder die Großeltern zum Arzt zu bringen. Deshalb sollten Maßnahmen, die auf einen Ausgleich sozialer Härten bei der CO2-Bepreisung abzielen, auch auf Familien und insbesondere Familien mit Kindern beziehungsweise hilfs- und pflegebedürftigen Angehörigen ausgeweitet werden.

Erste Empfehlungen für die Politik

1. Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels wie auch zur Anpassung an dessen Folgen müssen nach

soziodemografischen Bevölkerungsgruppen differenziert ausgestaltet werden. Eine One-size-fits-all-Politik ist nicht zweckmäßig.

2. Umweltkosten müssen verstärkt eingepreist werden. Dabei dürfen aber diejenigen, die bereits benachteiligt sind, nicht zusätzlich belastet werden. Die Politik sollte hier besonders vulnerable Gruppen identifizieren und unterstützen, beispielsweise Familien mit niedrigem Einkommen oder in Gebieten mit unzureichender Nahversorgung.
3. Der ÖPNV sollte so gestaltet werden, dass er den Bedürfnissen von Familien entgegenkommt. Dies gilt insbesondere für den ländlichen und suburbanen Raum. Es darf kein Automatismus sein, dass Familien auf das Auto umsteigen, sobald das erste Kind da ist.
4. Ein besonderes Augenmerk sollte auf der Situation vulnerabler älterer Menschen liegen, die von Preissteigerungen für Mobilität und Energieversorgung besonders betroffen sein können.
5. Familien sind ein wichtiger „Lernort" für Umweltverhalten und Umweltbewusstsein. Deshalb sollten auf Familien zugeschnittene Informationsangebote geschaffen und zivilgesellschaftliche Aktivitäten in diesem Bereich besonders gefördert werden. ■

Fußnote

[1] Svenja Bauer-Blaschkowski (Technische Universität Darmstadt), Dora Biondani (Klima Allianz), Frida Berry Eklund (Our Kids Climate), Iris Emmelmann (Deutscher Familienverband), Angelika Gellrich (Umweltbundesamt), Melanie Herget (Universität Kassel), Sven Iversen (Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.), Tim Leibert (Leibniz-Institut für Länderkunde), Wolfgang Lutz (Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital), Monika Mynarska (Cardinal Stefan Wyszyński Universität Warschau), Kimberly Nicholas (Lund University Centre for Sustainability Studies), Ilaria Nilges (ThinkYoung), Anna Rotkirch (Väestöliitto), Selina Scheer (Deutsche Umwelthilfe), Matthew Schneider-Mayerson (Universität Yale), Trisha Shrum (DearTomorrow), Monika Skadborg (European Youth Forum), Jörg Tremmel (Eberhard Karls Universität Tübingen), Alessandra Trimarchi (Universität Wien) und Monika von Palubicki (Deutscher Frauenrat e.V.)

Literatur

— Striessnig et al. (2022). Green Family. Generationengerechtigkeit im Klimawandel. https://population-europe.eu/files/documents/dp_14_green-family.pdf
— Kleinhückelkotten, S., Neitzke, H. & Moser, S. (2016). Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen). https://boris.unibe.ch/85892/1/texte_39_2016_repraesentative_erhebung_von_pro-kopf-verbraeuchen_natuerlicher_ressourcen.pdf
— Pothen, F. & Tovar Reaños, M. A. (2018). The Distribution of Material Footprints in Germany. Ecological Economics, 153, 237–251. https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2018.06.001
— Milfont, T. L., Poortinga, W. & Sibley, C. G. (2020). "Does Having Children Increase Environmental Concern? Testing Parenthood Effects with Longitudinal Data from the New Zealand Attitudes and Values Study." PLOS ONE 15 (3): e0230361. https://doi.org/10.1371/journal.pone.0230361

Gefördert vom:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Impressum

Herausgeber: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. im Namen des Netzwerks „Population Europe"
Technische Koordination: Susanne Höb
Layout: Karen Olze / Judith Miller / Produkt und Grafik Design
Foto (Titelseite): zinkevych – stock.adobe.com
ISSN: 2512-6164
Anschrift: Population Europe Secretariat, Markgrafenstraße 37, 10117 Berlin, Germany
Telefon: +49 (0)30 2061 383 30
E-Mail: office@population-europe.eu
Web: www.population-europe.eu

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber*innen oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur für nicht kommerzielle Zwecke erlaubt. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.